

## **Gedenkstunde in Braunau am Inn**

Freitag, 15. Mai 2015

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka

Gedenkrede am Mahnstein in Braunau am Inn

27. April 1945 - 15. Mai 1955

Am 15. Mai 1955 wandte sich Leopold Figl im Schloss Belvedere in Wien an die Weltöffentlichkeit mit dem berühmt gewordenen Satz: „Österreich ist frei!“ Frei – von wem?

Im Dezember 1945 hatte derselbe Leopold Figl als Bundeskanzler der Republik, vordem Nationalrat, den Alliierten für die Befreiung Österreichs gedankt. Befreiung – von wem?

Der 15. Mai war das Ergebnis vieler Weichenstellungen. An vielen der wichtigen Entscheidungen, die für Österreich wichtig waren, war Österreich überhaupt nicht beteiligt. Als am 1. November die Außenminister der – damals – drei Alliierten die „Moskauer Deklaration“ unterzeichneten, war dies für die Zukunft Österreichs eine bahnbrechende Festlegung: Die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich wurde zum erklärten Kriegsziel der Alliierten; ein Versprechen, an dem Österreich nicht beteiligt war; das aber die Grundlage der Zweiten Republik wurde.

Auf dieser Grundlage erklärte am 27. April 1945 die soeben gebildete Provisorische Staatsregierung Österreichs Unabhängigkeit. Diese Regierung, zunächst von der UdSSR und bald auch von den anderen Alliierten anerkannt, wurde nach der Wahl des Nationalrates von einer Bundesregierung abgelöst – noch im Jahr 1945. Auf der Basis des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920 war Österreich wieder errichtet – und als Staat international anerkannt.

1947 wurde die Westorientierung Österreichs deutlich, als die Bundesregierung die Teilnahme am Marshall-Plan beschloss, gegen die Interessen der Sowjetunion. Und als 1950 die KPÖ einen vordergründig gegen den überparteilichen Gewerkschaftsbund gerichteten Generalstreik versuchte, war erkennbar, dass sich dies gegen diese Westorientierung richtete – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Etablierung kommunistischer Einparteiensysteme in drei von Österreichs unmittelbaren Nachbarstaaten.

Doch nach dem Tod Stalins, 1953, machte die UdSSR bald klar, dass Österreich als eines der Signale benutzt werden sollte, um eine erste Abkehr vom Kurs unbedingter weltpolitischer Konfrontation zu demonstrieren. An der Berliner Außenministerkonferenz 1954 saß Österreichs Vertreter mit den vier Alliierten am Tisch. Und im Vorfeld des Moskauer Memorandums vom April 1955 wurde die Formel erarbeitet, der auch die in Moskau nicht anwesenden Westmächte zustimmen konnten – dem Abzug der Truppen der Befreier/Besatzer unter der Bedingung der österreichischen Neutralität nach dem Vorbild der Schweiz.

Der Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 war das Ergebnis eines weltpolitischen Fensters, eines „window of opportunity“, dessen Öffnung ohne Zutun Österreichs erfolgte; die zu nutzen aber vom politischen Geschick der Koalitionsregierung Raab-Schärf zeugte.

Österreich war schon bald nach der noch vor Kriegsende erfolgten Unabhängigkeitserklärung ein de facto souveräner Staat. Die Alliierten, die in Form des Alliierten Rates eine Art Neben- oder Überregierung gebildet hatte, waren – jedenfalls nach dem 2. Kontrollabkommen von 1946 kein entscheidender Faktor, weil der Ost-West-Gegensatz den Alliierten Rat lahm legte und so Österreich lange vor 1955 erheblichen politischen Spielraum besaß. Österreich war in

den Hauptstädten der Alliierten durch Botschafter vertreten. Die freien Nationalratswahlen 1945, 1949, 1953 und die Wahl des Bundespräsidenten, 1951, vermittelten ein Bild demokratischer Stabilität, die der Ersten Republik gefehlt hatte.

Teil dieser Stabilität war die im europäischen Vergleich auffallende Schwäche der Kommunistischen Partei. Die KPÖ, die sich auf einen besonderen Heroismus im Widerstand gegen den NS-Staat berufen konnte, wurde zu sehr als Partei der UdSSR wahrgenommen; und deren Truppen waren, auch wegen einer Serie von Übergriffen, die unpopuläre unter den vier Befreier/Besatzern.

Das für das heute entscheidende Jahr war das Jahr 1945, war der Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland. Der Staatsvertrag und damit das Jahr 1955 war dem gegenüber von sekundärer Bedeutung.

Das symbolisieren auch die gesprengten Ketten, die in den Fängen des Bundesadlers im Staatswappen sichtbar sind: Sie wurden unmittelbar nach der Befreiung von 1945 in das Wappen aufgenommen und stehen für die Befreiung – vom nationalsozialistischen Deutschland.

Schon 1945 begann die geteilte, die widersprüchliche Wahrnehmung der Geschichte. Das begann schon mit den Begriffen: War 1945 das Jahr der Befreiung – oder nicht doch, in den Augen eines erheblichen Teils der österreichischen Gesellschaft, das Jahr der Niederlage? Die Wahrnehmung der Ereignisse von 1945 spaltete die österreichische Gesellschaft.

Ganz anders die Wahrnehmung des Jahres 1955. In der jubelnden Menge vor dem Belvedere konnten sich Menschen mit einer nationalsozialistischen Vergangenheit wie auch die konsequenten Opfer der NS-Herrschaft finden. Täter und Opfer, 1945 und davor, unbedingte Gegner, hatten keine Probleme, in der Unterzeichnung des Staatsvertrages einen uneingeschränkt positiven Schritt zu sehen.

Der Preis für diese Gemeinsamkeit war freilich, dass sich – zunächst – die schon 1945 feststellbaren Widersprüche noch vertieften. Aus den verschiedensten Gründen setzte sich eine Politik des Bewältigen fort, die vor allem eine Politik des Ausklammerns war. Was sich später in einer zunehmenden Abkehr von der „Opferthese“ äußerte, war in der Nachkriegszeit in der österreichischen Gesellschaft eher eine Tendenz zum „Vergessenwollen“ als ein Beharren auf Österreichs Opferrolle.

Diese Opferrolle war, wenn sie auf den Staat Österreich – Mitglied des Völkerbundes – bezogen wird, eindeutig gegeben. Den in den entscheidenden Stunden des 11. März 1938 wurde die österreichische Regierung durch eine militärische Erpressung zum Rücktritt und zum Verzicht der Abwehr auf eine angekündigte Okkupation gezwungen. Bezogen auf die österreichische Gesellschaft freilich war und ist die Opferthese Unsinn:

Die österreichische Gesellschaft war in ihrer Gesamtheit so viel und so wenig Opfer des Nationalsozialismus wie die deutsche Gesellschaft.

Die Abgrenzung gegen die ehemaligen Nationalsozialisten wurde schon bald nach 1945 aufgegeben. Bald entsandten ÖVP und SPÖ „Ehemalige“ in die Regierung, ohne dass es deshalb eine große Debatte gegeben hätte. Und die Unterzeichnung des Staatsvertrages schien diese Tendenz zum Ausklammern und Vergessen noch zu befördern.

Erst ein Generationenwechsel ermöglichte eine Trendumkehr. Der Konflikt Kreisky-Peter-Wiesenthal 1975 und die Wahl Kurt Waldheims 1986 zeigten, dass unter einer scheinbar glatten Oberfläche einer abgeschlossenen „Bewältigung“ der Vergangenheit diese erst zu beginnen hatte. Als 1955 aus den Resten des Verbandes der Unabhängigen (VDU) die FPÖ gegründet wurde, wurde kaum problematisiert, dass an die Spitze der Partei ein Mitglied der Regierung Hitler und hochrangiger Offizier der SS trat – Anton Reinthaller.

Aus der Politik des Ausklammerns, von der die ersten Jahrzehnte der Nachkriegszeit bestimmt wurde, lässt sich auch erklären, dass viele Opfergruppen aus der Zeit des Nationalsozialismus lange auf die Anerkennung der Republik zu warten hatten; der Republik, die ihre Existenz der Niederlage des Nationalsozialismus verdankte. Die letzte Anerkennung – die der Wehrmachts-Deserteure – sollte erst erfolgen, als kaum noch eines dieser Opfer am Leben war.

Die Stadt Braunau hat es gelernt – hat es lernen müssen, dass der bloße Zufall, der Geburtsort Adolf Hitlers zu sein, ihr eine besondere Prominenz verleiht. Dies begründet natürlich keine Schuld, sehr wohl aber eine Verantwortung. Im Sinne der Begriffe, die in den 1990er Jahren Thomas Klestil und Franz Vranitzky an die Stelle eines eindimensionalen Opferbegriffes gesetzt haben, nimmt die Stadt Braunau ihre Verantwortung wahr.

\* \* \* \*